

## STAATSFINANZEN ... UND ZUWANDERUNG

In den letzten Wochen haben in wirtschaftspolitischer Hinsicht zwei Themen in Liechtenstein eine wichtige Rolle gespielt, nämlich die Staatsfinanzen und die Zuwanderung. Das erste Thema liegt auf der Hand, ja brennt geradezu unter den Nägeln. Beim zweiten Thema war der Dissens doch überraschend.

Die Staatsfinanzen sind in Schiefelage. Offenbar klafft eine Lücke von mehr als CHF 200 Mio. Dank der vorhandenen Reserven kann das Problem systematisch angegangen werden. Man muss zügig an die Sache herangehen, es braucht aber keine Schnellschüsse. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass mittlerweile auch der Vermögensertrag aus den Staatsreserven einen substanziellen Beitrag für den Staat bedeuten.

Dabei meine ich, dass wir uns hinsichtlich unserer Staats-Ausgaben am Niveau in der Schweiz orientieren und entsprechend abspecken sollten. In verschiedensten Belangen sind wir nämlich weit über dem Niveau unserer schweizerischen Nachbarn. Wer das nicht glauben will, soll beispielsweise eine Besichtigung der Sportstätten im Rheintal diesseits und jenseits des Rheins vornehmen. Die Unterschiede springen geradezu ins Auge, was Grösse, Ausbaustandard und Unterhaltsbedarf anbelangt. Der Niveauunterschied ist in verschiedenen anderen Belangen ähnlich frappant. Wir haben hier im Land nicht nur Sparbedarf, sondern auch noch erhebliche Sparmöglichkeiten. Das Sparen ist bei uns noch nicht wirklich angekommen. Aus diesem Grund wäre es meines Erachtens verkehrt, jetzt beim Steuergesetz Anpassungen vorzunehmen und mit Steuererhöhungen zu beginnen. Davon ausnehmen würde ich persönlich die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Mindestertragssteuer für juristische Personen von CHF 1'200.— auf CHF 1'800.--. Diese Anpassung war schon bei der Neufassung des Steuergesetzes 2011 diskutiert worden - und man hätte sie damals schon vornehmen sollen.

Zum Sparen gehört, so paradox es sich auch anhören mag, auch die rasche Sanierung der Pensionskasse für das Staatspersonal. Diese soll, soweit das Staatspersonal betroffen ist, durch Verzichtleistungen der Versicherten, durch eine Umstellung auf das Beitragsprimat, aber eben auch durch staatliche Mittel von rund CHF 270 Mio – zum Teil sofort, zum Teil auf 10 Jahre verteilt – saniert werden. Der entsprechende Vernehmlassungsbericht ist der Öffentlichkeit schon im Spätsommer zur Verfügung gestellt worden; man darf auf die politische Debatte gespannt sein. Diese muss rasch erfolgen. Jedes Jahr des Zuwartens wird die Finanzierungslücke noch vergrössern. Man wird sicherlich aufarbeiten müssen, wann wo welche Fehler geschehen sind: War es 2008 bei der letzten Revision, als man den Wechsel zum Beitragsprimat verpasst hat? War es bei der allgemeinen Besoldungsrevision beim Staatspersonal im Jahre 2003/2004, als eine Überprüfung des Systems, jedenfalls aber eine Nachfinanzierung angezeigt gewesen wäre? Jedenfalls haben grosse Unternehmungen wie die UBS, die Swiss RE, die SBB oder auch die schweizerische Post den Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat im Jahre 2007 vollzogen. Zuerst aber wäre es sinnvoll, die heutige Situation zu bereinigen. Hier spielen Zeit und Schnelligkeit eine wichtige Rolle. Und es spielt auch eine Rolle, dass sich die Parteien über Tagesgeplänkel hinweg heben und das Problem gemeinsam lösen.

Hinsichtlich der Staatsfinanzen und des staatlichen finanziellen Gebarens sollte man „back to the roots“. In den letzten Jahren waren die Staatsfinanzen kaum einmal ein wirkliches Thema. In früheren Wahlkämpfen hingegen, wurde extrem auf den Aspekt der Staatsfinanzen Bedacht genommen – selbst dann, wenn sie in hervorragendem Zustand waren. Diese Art der Sensibilisierung müsste wieder in den Vordergrund treten.

Es kann aber nicht damit getan bleiben, nur zu sparen. Man muss auch neue Chancen für Einkünfte eröffnen. Es wäre daher wünschenswert, wenn wieder ein unverkrampfteres Verhältnis zur Zuwanderung an den Tag gelegt würde. Nachdem die Regierung vor einigen Monaten erfreulicherweise angekündigt hat, die Zuwanderung für qualifizierte Kräfte und für Unternehmer zu erleichtern, gab es nun aus der Politik entgegengesetzte Stimmen. Ich möchte alle diese restriktiveren Stimmen daran erinnern, dass beispielsweise unsere Industrie aus einer gesunden Mischung von Eigenleistung und Zuwanderung entstanden ist. Als Balzner jedenfalls ist mir sehr bewusst, dass eine „Balzers AG“ (die verschiedenen Namensänderungen in der Zwischenzeit lasse ich grosszügig weg) ohne Persönlichkeiten wie Dr. Max Auwärter oder Dr. Otto Winkler bzw. Dr. Albert Ross gäbe es diese Unternehmung und die Arbeitsplätze nicht.

Dr. Mario Frick

*Partner in Advocatur Seeger, Frick & Partner AG*

*Verwaltungsrat in einer Privatbank*